

Galleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 230.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 17. Mai 1911.

Abgabe für Halle und Vertriebs 250 Pfl. Durch die Post bezogen 3 Pfl. für den Vertriebsort.
Die Gallische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Preis für Belegten: Soldat
centner (inkl. Postgebühren). An Unterhaltungsstellen (Sonntagsbeil.), Banden, Mittelstellen.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Reitzger Straße 87, Hinterhaus.
Eingang Nr. Brauhausstr. Telefon 188; Redaktions-Telephon 172.
Gesetzgeber: Dr. Walter Gehlenleben in Halle a. S.

Abgabe für die schlagereilen Zeitungen oder deren Raum für Halle und den Grenzort
30 Pfl., außerdem 30 Pfl. Bestimmen am Ende des redaktionellen Teils die Zeit 100 Pfl.
Anseignungnahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Anzeigenexpeditionen.
Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16290.
Druck und Verlag von Otto Ziefels in Halle a. S.

Das Kaiserpaar in London.

Gestern, Dienstag, mittags kurz vor 12 Uhr verließen, wie uns aus London gemeldet wird, bei schönem Wetter der Kaiser und die Kaiserin, der König und die Königin von England mit der königlichen Familie, begleitet vom Hofstaat, den Buckinghampalast und begaben sich zu Fuß zum Waldpark gegenüber dem Denkmal der Königin Viktoria. Die Truppen erhielten die Ehrenbezeugung. Als die Majestäten und ihr Gefolge unter dem Waldpark Platz genommen hatten, überreichte Viscount Esher, der Vorgesetzte des Denkmalauschusses, den Bericht und die Adresse. Das imposante Denkmal ist unmittelbar vor dem Gitter des Buckinghampalastes errichtet. An der Enthüllungsfest nahm auch eine Anzahl von Premierministern der Kolonien, die sich jetzt zur Teilnahme an der Reichskonferenz in England befinden, das diplomatische Korps und eine glänzende Zufuhrerammlung teil. Der größte Teil des Denkmalbau war dem Kaiser schon vor einiger Zeit freigegeben worden. Verhüllt blieb bisher noch die Statue der Königin selbst. Die Enthüllung erfolgte durch Elektrizität. Punkt 12 Uhr schloß König Georg durch einen Druck auf einen Knopf einen elektrischen Strom, welcher den die Verhüllung festhaltenden Draht verbrannte. Als die Hülle fiel, wurde von einer im St. James-Park aufgestellten reisenden Batterie ein Schuß von 41 Schuß abgegeben; die Truppen, die in weitem Halbkreis vor dem Palaste standen, präsentierten. Nach der Enthüllung des Denkmalbau formierten sich die Truppen zum Paradezug und defilierten vor dem Kaiser und dem König. Alle Truppen des Londoner Distriktes waren zum Zuge, und auch von Alberts waren viele Detachements nach London befohlen worden. Die in der nächsten Umgebung des Denkmalbau aufgestellten Truppen waren von den Leib- und Fußgarde-Regimentern und von denjenigen Regimentern gestellt, zu denen die verlorene Königin in besonderer Beziehung gestanden hatte. Auch ein Marinebataillon war anwesend. Nach dem Vorübergehen nahmen die Truppen an dem Wege Aufstellung, auf dem der Kaiser und der König nach dem Palaste zurückkehrten.

In Ergänzung der vorstehenden Meldungen wird uns später noch aus London berichtet: In Erinnerung auf die vom Viscount Esher überreichte Adresse hielt Königin Georg eine Ansprache, in der er zunächst auf König Eduards Anteil an der heutigen Gedenkfest hinwies, des Königs, der heute mehr als je in dem liebenden Gedächtnis der Engländer lebe. Der König betonte lebhaft seinen Anteil, den die Dominien und Kolonien an der heutigen Fest hätten, und hob hervor, das Denkmal stelle den Tribut von Waffen und Kämpfern vor größerer Verdienlichkeit in Charakter und Lebensweise dar als sie jemals zuvor zu einem gemeinsamen Zweck vereinigt gewesen seien. Der König fuhr fort:

Es ist für mich und meine Familie eine Quelle tiefen Bedauerns, daß mein lieber Vater, der deutsche Kaiser, begeben ist von der Kaiserin, bei dieser historischen Feier anwesend ist. Seine Kaiserliche Majestät ist der älteste Enkel der Königin Viktoria, die er immer mit nationaler Zuneigung geliebt und verehrt hat, und seine Anwesenheit und die Sympathien, die er uns in den letzten Tagen ihres Lebens und später entgegengebracht hat, werden von mir und meinem Volke niemals vergessen werden. Starke und lebendige Bande der Verwandtschaft und Freundschaft vereinigen unsere Throne und Personen, und mein Volk freut sich mit mir darüber, daß er heute hier ist, um an der Enthüllung dieses Denkmal teilzunehmen. Ich bitte Gott, daß dieses Denkmal in London immerdar den Ruhm der Regierung der Königin Viktoria fünden und den zukünftigen Geschlechtern die Liebe und Verehrung darten möge, die das Volk für sie und ihr Andenken hegt.

Der König fügte, indem er mit warmen Worten der Geringe beehrte, die Königin Viktoria ihren öffentlichen Willkür gemeldet habe. — Nach der Enthüllung legte der Kaiser an dem Denkmal einen schönen Lorbeerzweig nieder, ebenso die Abordnung des Gardebrigade-Regiments Königin Viktoria von Großbritannien und Irland.

Seine Majestät der Kaiser hatte bereits vor der Denkmalenthüllung, in aller Frühe, Staatsgefänge erledigt. Nach der Denkmalenthüllung war bei den englischen Majestäten Familie in festlicher Tafel. Abends sollte eine größere Partei stattfinden, zu der mehr Einladungen als am Tage zuvor ergangen waren, die aber nicht der Charakter eines Staatsbanketts haben werde. Demnach wird heute nicht erwartet, daß irgendwelche Anekdoten gefaßt werden.

Als sich die Majestäten nachmittags um 4 1/2 Uhr zum Gartenfest bei dem Earl und der Countess von Derby begaben, wurden sie von einem diebstahlverdächtigen Individuum aufs herzliche begrüßt. Der Kaiser hat eine Anzahl Ordensauszeichnungen an englische Persönlichkeiten verliehen. Der König von England verlieh u. a. das Großkreuz des Viktoriadoriens dem Gesandten v. Trentler,

das Kommandeurkreuz des Viktoriadoriens den Flügeladjutanten Major v. Dommes und Major Freiherrn v. Solzing. — Die Schönheit des Denkmalbau und die bewundernswürdige Art und Weise, in der alle Veranstaltung ausgeführt waren, haben auf den Kaiser einen tiefen Eindruck gemacht. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich zu dem Londoner Kaiserbesuch noch wie folgt vernehmen:

In London wird heute das Denkmal der Königin Viktoria feierlich enthüllt. Es entspricht dem vielköpfigen Sinn des Königs Georg und des britischen Volkes, daß der erste feierliche Akt nach Ablauf des Jahres der Trauer um König Eduard der Vollziehung des Verordnungsartikels, das er mit dem unvollendeten Denkmalbau hinterlassen hatte. Das viktorianische Zeitalter wird als eine Periode dauernden Glüdes und gewaltigen Aufstieges eines der glanzvollsten Völker in der Geschichte Großbritanniens ausfallen. Als Zeichen dieser großen Zeit wird das Denkmal der Königin, das Dankbarkeit und Liebe errichtet hat, dem Herzen jedes Briten teuer sein. Unser Kaiser hat seine Verehrung für die Königin Viktoria aus neue bekräftigt, indem er sich auf Einladung des Königs Georg mit seiner Majestät der Kaiserin und der Prinzessin Viktoria zu der Denkmalfeier nach London begab. Der herzlich empfangen, der bei feierlichen Zeremonien bei diesem Anlaß bereitet worden ist, begegnet in Deutschland der aufrichtigsten Genußnahme.

Deutsches Reich.

* Der deutsche Kronprinz Chef eines englischen Regiments. „London Gazette“ meldet die Ernennung des deutschen Kronprinzen zum Chef des ersten (Prince Alberts Own) Fusarenregiments.

* Das Kronprinzenpaar auf der Reise nach Petersburg. Der Kronprinz, der am Dienstag bekanntlich in Polen der Ausstellungseröffnung beigewohnt hatte, begab sich nachmittags 2 Uhr zum Bahnhof, von wo die Abreise nach Petersburg erfolgte. Die Kronprinzessin war kurz vor 2 Uhr eingetroffen und legte gemeinsam mit dem Kronprinzen die Reise nach Petersburg fort.

* Generalmarschall Freiherr von der Goltz und die Türkei. Das „Kölnischer Volksblatt“ meldet dem Generalmarschall Freiherr von der Goltz aus Anlaß seines Jubiläums einen Artikel, in dem es hervorhebt, daß die Osmanen von ganzem Herzen an der Freiheit teilnehmen und ihre Dankbarkeit dem Freunde der Freiheit bezeugen, welcher einen großen Teil seines Lebens der Erhöhung des Wertes der türkischen Armee gewidmet habe. Das Blatt betont, daß von der Goltz selbst unter dem allen Regime trotz der Schwierigkeiten dank seiner Ausdauer glänzende Resultate erzielt habe. Er habe nicht nur tüchtige türkische Offiziere geschult, sondern auch die neue fortschrittliche osmanische Generation erzogen und so den Anlaß zu den bekannten Umschwung gegeben. Politik habe er nicht gemacht und trotzdem der deutschen Nation die größten Dienste geleistet, indem er ihr die Sympathien der Osmanen erwarb und somit die Erhöhung ihres Einflusses in der Türkei gefördert habe.

* In der Sitzung des Bundesrats am 16. cr. wurde der Vorlage betreffend den Handels- und Schiffsverkehr u. a. zwischen dem Deutschen Reich und Schweden u. a. und der Vorlage betreffend die Beschäftigung des Landesauschusses zu dem Entwurfe des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für das Rechnungsjahr 1911 die Zustimmung erteilt.

* Die neuen Prüfungsbedingungen für Tierärzte. Ueber die Ergebnisse der vor kurzem im Reichsamt des Innern stattgefundenen Konferenzen über eine Neugestaltung des tierärztlichen Prüfungswezens wird folgendes mitgeteilt: Es ist in Aussicht genommen, den anatomisch-physiologischen Abschnitt aus der Gesch Prüfung in die Gesch Prüfung zu verlegen und im Zusammenhang damit die Gesch Prüfung in einen rein naturwissenschaftlichen und in einen anatomisch-physiologischen Abschnitt zu zerlegen. Der naturwissenschaftliche Abschnitt soll nach drei, der anatomisch-physiologische Abschnitt nach vier Studienentwürfen erledigt werden können. Ferner soll die Studienzeit um 1/2 Jahre verlängert werden. Die Änderungen bezug auf die Gesch Prüfung am 18. Juli 1889 erlassenen Prüfungsbedingungen sind namentlich in der Erkenntnis in Aussicht genommen, daß bei der Entwicklung, die die tierärztliche Wissenschaft im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte erlangt hat, die bisherige Studienzeit von 7 1/2 Jahren nicht mehr ausreicht und daß es außerdem zu erwägen ist, den Unterricht der Studierenden nach der praktischen Seite auszubauen. Durch die erwähnte Neuregelung sowie durch eine sachdienliche Umgestaltung des Prüfungsverfahrens wird die für die Vertiefung und Ausgestaltung des rein fachlichen Unterrichts erforderliche Zeit gewonnen werden. Ueber die Frage der Anrechnung der Militärdienstzeit auf die tierärztliche Studienzeit ist gleichfalls konferiert worden; die Verhandlungen hierüber werden fortgeführt. Bei den Konferenzen im Reichsamt des Innern waren Vertreter derjenigen Bundesstaaten zur Stelle, die tierärztliche Hochschulen unterhalten.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom 16. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.
Es beginnt die dritte Lesung des Zweverordnungsartikels für Groß-Berlin. In der Generaldebatte befindet

Abg. Gassel (fortsch.): Wir halten eine solche Vorlage für notwendig, aber ich muß mich auf den Grundbesitz der Gelbberverwaltung aufhalten. Dies ist hier nicht der Fall. Deshalb stimmen wir gegen den Entwurf.

Abg. Dr. v. Schell (freisinn.): Wir halten im wesentlichen an den Beschlüssen zweiter Lesung fest.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Vordrucker scheint schon den Erpreßpraktiken verdinglich zu wollen. Noch einmal aber sei Erinnerung eingeleitet gegen die Absicht des Abgeordneten Grafen v. Eber, einen Teil der Verbandsverammlung durch den König berufen zu lassen und damit die Macht des Königs noch weiter zu vergrößern. Auch Herrin Gassels Standpunkt war gestern ein Missverständnis.

Abg. Othberg (fortsch.): Wenn wir das kommunale Wahlrecht anders behandeln als das staatliche, so geben wir in Rechnung, daß die Stadt andere Interessen zu verfolgen hat als der Staat.

Abg. Ströbel (Soz.): Nur ein Teil des Freirechts will das Reichstagswahlrecht für die Kommunen; das sei festgehalten.

Abg. Gassel (fortsch.): Wir sind gegen für das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingetreten. Widerspruch bei dem Soz. Wahlrecht genau zu Stellung genommen wie die Reaktion.

Abg. Fickel (fortsch.): In den Gemeinden gehört eine gewisse Schattigkeit dazu, um mitreden zu können. Aber die Sozialdemokraten wollen uns ja nur etwas am Zeuge fällen.

Ein Schlußantrag wird, da das Ergebnis der Abstimmung zunächst zweifelhaft bleibt, durch Ausgestaltung (Sammlung) entschieden. An der Abstimmung nahmen nur 170 Mitglieder teil. Das Haus ist also beschlußfähig.

Präsident v. Kröner bestimmt den Beginn der neuen Sitzung auf 5 Minuten später, d. h. auf 12 Uhr.

Neue Sitzung.

Abg. Hoffmann (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Würde es nicht zweckmäßig, da eine besondere Tagesordnung für diese Sitzung nicht festgelegt ist, jetzt den freizügigen Wahlrechtsantrag zu besprechen? (Beifall.)

Präsident v. Kröner: Wir haben dieselbe Tagesordnung wie in der vorigen Sitzung. Die allgemeine Besprechung über das Berliner Zweiverordnungsartikels geht weiter.

Abg. Dr. Niehoff (Soz.): Die Stellungnahme zum Wahlrecht, daß der Freirecht durch und durch reaktionär ist.

Abg. Walthe (fortsch.): Wahlrechtsfragen sind nicht bloß Fragen der Gerechtigkeit, sondern auch Fragen der Verwaltungspolitik und der praktischen Politik. (Gut, hört!) Die Sozialdemokratie ist ja schon an dieser Debatte. Auch Niehoff schwärmt nicht immer für das gleiche Wahlrecht.

Abg. Ströbel (Soz.): Wenn jemand doch erst, daß Wilhelm Liebknecht nicht hets für demokratische Prinzipien gemein ist. Der Freirecht sollte sich bei jeder Gelegenheit freuen, für das gleiche Wahlrecht einzutreten zu können.

Die allgemeine Besprechung schließt.

In der Einzelbesprechung liegt der erste Abänderungsantrag bei 5 vor. Dort ist bestimmt, daß es der Regierung die Richtlinien- und Bebauungspläne nicht bedarf, wenn die Pläne nur die Aufstellung einzelner Baublöcke oder die Verbreiterung bestehender Straßen betreffen. Euer beantragen die Abg. Dr. Reil (nl.) und Dr. v. Schell (freisinn.) noch hinzuzufügen:

„sodern nicht in besonderen Fällen der Verbandsauschuss die Bestimmung befristet.“

Der Antrag wird angenommen.

Bei 12 (Beschwerde gegen Beschlüsse der Verbandsverammlung, welche ausschließlich Belastung oder Mehr- oder Minderbelastung einzelner Verbandsmitglieder betreffen) wird ein konzentrischer Antrag infolgedessen die Kommissionsbeschlüsse wiederberufen als hat der Abg. beim Oberverwaltungsgericht als letzte Beschwerdeinstanz die Beschwerde an den Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten bestimmt werden soll.

Der Antrag wird abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Freirechtigen und Sozialdemokraten angenommen.

Die Volksschulen in Groß-Berlin.

Die Kommission fordert spätestens für die nächste Session eine Vorlage, die für die wirtschaftlich zusammenhängenden Gemeinden von Groß-Berlin unter Beibehaltung ihrer Selbstverwaltung einen nach der Steuerkraft zu bestimmenden Ausgleich in den wirtschaftlichen Volksschulen herbeiführt unter geeigneter Berücksichtigung des Aufwandes der die Schulkinder der mittleren und höheren Schulen, sowie diese Schulkinder sich nach im schulpflichtigen Alter befinden.

St. Reil beantragt

Abg. v. Treutson (kons.) folgende Fassung: „Die Regierung um Vorlegung eines Entwurfs zu eruchen, der bei der 53 des Kommunalabgabengesetzes einen Ausgleich der Volksschulen zwischen Betriebs- und Arbeiterwohnbezügen ermöglicht, für die wirtschaftlich zusammenhängenden Gemeinden Groß-Berlins unter Beibehaltung ihrer Selbstverwaltung einen den besonderen Verhältnissen des Wirtschaftsbereichs Groß-Berlin Rechnung tragenden Ausgleich der Volksschulen herbeiführt.“

Weiter beantragt die Kommission, einen Entwurf auf Änderung des 53 des Kommunalabgabengesetzes für Berlin und Umgebung der Regierung als Material zu überreichen.

Abg. Sitten (freisinn.): In der bisherigen Vorreden sind die Volksschulen besonders drückend. Da fordert die Gerechtigkeit Ausgleich.

Abg. Dr. v. Campe (nl.): Der hier vorgeschlagene Weg ist verfahrenswidrig. Auch schulpflichtig ist er bedenklich, denn er muß die Einkommensklassen neu einführen. Wir können dann zu Staatskosten.

Minister v. Dallwitz: Ich bin bereit, bei einer Revision des Kommunalabgabengesetzes in Ergänzung darüber einzutreten, ob und inwiefern Änderungen in der besprochenen Richtung ratsam sind.

Abg. Ritter (Zit.): Auch mir sind gegen die Resolution, Sitten die heutige Regelung fassen bringt, ist Absicht schon durch bestehende Gesetze möglich.

Hg. Gafel (fortf.): Die Resolution führt zur Staatschule und zum Studium in der Provinz.
Hg. Meier-Rühl (fortf.): Die Mehrheit meiner Freunde ist gegen Antrag und Resolution. Mit der Mehrheit will ich lediglich eine zweckmäßigere und gerechtere Ausgestaltung der Volkshochschulen.

Hg. Dr. Reibnitz (Sog.): Wir stimmen der Resolution zu, weil der erzielte Ausgleich der Willigkeit entspricht.
Hg. Diebstung (fortf.): Die Resolution und der konsequente Antrag werden abgelehnt. Das ist ein mit großer Mehrheit auch als die ernannte Revue als Material zu überweisen.

Allgemeines Zweverbandsgesetz.

An der allgemeinen Versammlung bemerkt
Hg. Wiedemann (fortf.): Wir lehnen auch diese Vorlage ab, weil sie den Grundrissen der Selbstverwaltung nicht entspricht.

Hg. v. Sack-Januszki (Sog.): Auch wir sind gegen den Entwurf.
Hg. Dippe (nl.): Die Mehrheit meiner Freunde stimmt für die Vorlage. Wir führen uns dabei auf die Erklärung des Ministers, daß die Ausführung des Gesetzes nicht von Feindschaft gegen die Städte abhängt, sondern von Feindschaft gegen die Städte selbst, hinzu.

Hg. Dr. Well-Engel (Sog.): Die Anhänger der Vorlage fühlen sich frei von Städtefeindschaft. Die Vorlage wird nicht jede Eingemengung künftig überflüssig machen.
Damit schließt die allgemeine Versammlung.

Hg. 12 (Zusammenfassung des Verbandsausschusses) liegen mehrere Anträge vor, die die in zweiter Lesung beschlossene differentielle Behandlung des Beschlusses und Abwehrens befehligen wollen. Nach einem national-liberalen Antrag soll in Rheinland und Westfalen neben dem Gemeindevorsteher der Bürgermeister (Stamm) zum Kreisvorsitzenden zum Mitglied des Verbandsausschusses bestellt werden können. Nach einem konservativen Antrag soll der Bürgermeister (Stamm) anstelle des Gemeindevorstehers auf dessen Antrag in den Ausschuss bestellt werden können.
Der konservative Antrag wird angenommen.
In der Gesamtsitzung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Freireisigen und Sozialdemokraten angenommen.

Beitrag.

Eine Petition der Vereinigung selbständiger in Preußen verweigerter Landbesitzer um Verstaatlichung des selbständigen Landbesitzes beantragt die Kommission durch Ubergang zur Tagesordnung zu erledigen.
Das Haus beschließt so.

Beitrag von Kammergerichten und Oberlandesgerichtsbezirken um die Verlegung des Sitzes, infolge der räumlichen Enge der Gebäude des obersten Verwaltungsorgans, beantragt die Kommission: Erwaigung — werden auf Antrag des Hg. Schulze-Nelms (Sog.) zur Berücksichtigung überwiegen.

Beitrag um Erhöhung des Anfangsgebühres der Gerichtsämter auf 180 M. und Festsetzung des Gehalts der Richter und Assistenten der Verwaltungsbehörden werden als Material überwiegen, Beitragen um Gewährung einer persönlichen pensionsfähigen Zulage von 300 M. an die vor dem 1. April 1903 in den Justizdienst übernommenen Gerichtsbeamten durch Tagesordnung erledigt.
Mittwoch 12 Uhr: Feuerbestattung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

176. Sitzung vom 16. Mai, 11 Uhr.

Am Bundesrat: Dr. Deßler.
Die zweite Lesung: Dr. Deßler.

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt. Die Verhandlung beginnt mit dem Abschnitt über die Anknüpfungsklassen, §§ 521—527. Der Kommissionsvorsitzende zieht eine geheime Wahl der Anknüpfungsklassen sowie der übrigen Vertreter im Vorstande der Anknüpfungsklassen mit feindlicher Mehrheit. Die Sozialdemokraten beantragen eine Erhöhung des Versicherungsbeitrags bei den Reichsrentnern. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt die Volkspartei die Bestimmung, daß als Vertreter der Reichrentner nur Reichrentner wählbar sind. Ein Kompromißantrag Schults will für die Sozialdemokraten die Bestimmung, daß der Vorstand der Anknüpfungsklassen auch die Wahl von Anknüpfungsklassenmitgliedern zulassen, wenn sie Beiträge zur Kasse zahlen. Die Sozialdemokraten beantragen die Einführung gewisser, für die anderen Klassenarten, insbesondere die Ortsrentnerklassen, geltender Bestimmungen auch für die Anknüpfungsklassen.
Hg. Due (Sog.): Auch die große Mehrheit des Reichstages hat feinerzeit in einer Resolution eine reichsrechtliche Regelung des Reichsrentner verlangt. Die Beschlüsse der Kommission liegen nicht in der Richtung dieser Forderung. Wir wissen, daß unsere Anträge nicht angenommen werden, aber wir wollen wenigstens nachsehen gegen, welche Parteien die Wünsche der Reichrentner erfüllt sind. Der Kommissionsvorsitzende hat sich für die Parteien, die die Rechte werden in den Klassen verweigert, in einer Weise, daß man die Anknüpfungsklassen demgegenüber als unzulässig gelassen hat. Man hat die Selbstverwaltung den Klassen genommen. Der Antrag Schults ist nur eine Klippe.

Ministerialdirektor Caspar: Gegenüber den Ausführungen des Hg. Due über die Wahlverfahren der Reichsrentner bemerkt ich, daß es gegen das ganze Prinzip der Reichsversicherung sein würde, wenn die Reichrentner durch Personen in den Klassen vertreten würden, die nicht mehr im Betriebe tätig sind. Die Sozialdemokraten wollen auf Umwegen eine reichsrechtliche Regelung des Reichsrentners herbeiführen. Die verbündeten Parteien haben sich diesem Vorgehen gegenüber bisher ablehnend verhalten und tun das auch hier. Die Anträge der Sozialdemokraten sind teils überflüssig, teils schädlich.
Hg. Göttsche (fortf.): Der Ministerialdirektor suchte die Forderung nach einem Reichsrentnergesetz dadurch zu degradieren, daß er sich so stellte, als ob nur die Sozialdemokraten bestreben hätten, die große Mehrheit des Reichstages nicht hinter sich zu bekommen. Die Kommission beschließt für ein unzulässiger Eingriff in das Landesrecht. Auch die Unzulässigkeit müssen wir wahr sein. Auch die Arbeiter müssen heute als Vertreter haben, die nach ihrem Gewissen stimmen. Wir sind es ja gewohnt, daß andere Anträge ohne Gegenrede zum Beschluß kommen. Das schädigt das Ansehen des Reichstages. Da wäre es am besten, wenn wir über alle Anträge gemeinsam abzustimmen, ehe sie begründet sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Freireisigen und Sozialdemokraten. Laufen rechts.)

Hg. Forstmann (Sog.): Auch wir legen Verwahrung ein gegen die Art, die Direktor Caspar die Frage des Reichsrentnergesetzes abgelehnt hat.
Hg. Becker-Arnberg (Sog.): Meine Freunde im Lande würden es mir sehr erwünscht, wenn ich auf Hues Angriffe in seiner Kommittee antworten würde. Ich verzichte darauf, ihm zu erwidern.

Hg. Behrens (wirtsch. Bg.): Jetzt, kurz vor Tagesende, können wir doch die Frage eines Reichsrentnergesetzes nicht erledigen. Warum haben sich Herr Due und Herr Sacke nie in der Kommission hören lassen? Es ist sehr billig, hier jetzt große Worte zu machen. Die Reichrentner wissen, was sie von diesen Herren zu halten haben. Das folgende Wort ist eine Warnung vor Herrn Due, die verhöfliche Art der Reichrentner eingeleitet worden. Jeglicher oder Streiter werden auch die das Wort Friedrich des Großen nach der Schlacht von Jorndorf zu eigen.
Hg. Dr. Semler (nl.): Wenn die Sozialdemokraten hier fundamental reden, sind wir zum Schweigen verurteilt. (Beifall bei der Mehrheit des Reichstages.) Wenn man nicht vernünftig die Angriffe Hues gegen die Hg. Becker und Behrens versteht, ist nicht. Gerade diese beiden haben sich bemüht, für die Arbeiter herauszugeben, was nur möglich war. Auch wir haben noch gestern

ermogen, ob es nicht möglich sei, die Anknüpfung zu Anknüpfungsklassen zu machen. Wir können den Anträgen aber nicht folgen, weil er in die Landesgesetzgebung eingreift.
Hg. Sacke (Sog.): Wir müssen zu lange stehen, was nach zu retten ist. Die Reichrentner des Hg. Behrens ziehen sich von selbst. Was sollen wir gegen diese geschlossene Mehrheit machen?

Nach weiterer kurzer Debatte wird der sozialdemokratische Antrag über das Wahlrecht in namentlicher Abstimmung mit 213 gegen 20 Stimmen angenommen. Der Antrag Schults mit allen abgelehnt 297 Stimmen angenommen. Die Paragraphen bleiben sonst unverändert.
Die §§ 528—548 betreffen die Erbschaften. Nach der Vorlage werden freie Hilfskassen als Erbschaften nur dann weiter zugelassen, wenn sie bereits vor dem 1. April 1900 zugelassen worden sind. Die Sozialdemokraten wollen durchweg die Voraussetzung auf 500 Mitglieder beschränken und die Verschmelzung kleinerer Klassen zulassen. Nach § 541 zahlen die Mitglieder einer Erbschaft keine Beiträge an die sonst zuständige Krankenkasse, wohl aber ihre Arbeitgeber. Die Sozialdemokraten beantragen, daß auch die Beiträge der Arbeitgeber an die Erbschaft abzuführen, mindestens aber vier Fünftel, Kompromißantrag Schults zu den §§ 530, 542 und 546 betreffen Kontrollbestimmungen.

Hg. Behne (Sog.): Die freien Hilfskassen haben sich sehr bewährt. Die vorhandenen Bestimmungen sind ein Ausnahmefall gegen die Regel. Hierunter werden auch kleine Handwerker und kleine Betriebe fallen.
Ebenso, Gesandter v. Caden: Ich bitte dringend um Annahme der Kompromißvorlage. Die faktuelle Zulassung der Klassen mit 250 Mitgliedern ist auf die typischen Zieglerklassen zugeschnitten.

Hg. Dr. Wernau-Oster (fortf.): Diefem Wunsche bezüglich der Zieglerklassen können wir uns anschließen. Es handelt sich dabei um einzigartige Verhältnisse. Wir bitten, unsere Anträge anzunehmen.
Hg. Dr. Jund (nl.): Wir halten die Bestimmungen der Vorlage notwendig zum Schutze gegen die Schwindelkassen.
Nach weiterer kurzer Aussprache werden die Kommissionsbeschlüsse auf freier Hand, gegen die Anträge Schults angenommen. Auch der Rest des zweiten Buches (§§ 550) wird erledigt.
Mit § 560 beginnt das dritte Buch: Die Unfallversicherung; Reichsrentner; Dr. Rugban. § 560 umgrenzt den Kreis der unfallversicherungsrechtlichen Personen.

Hg. Seuring (Sog.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, der alle der Unfallversicherung unterliegenden Personen einbezogen will.
Hg. Wolfenbühl (Sog.): Die Beschlüsse der Kommission genügen nicht.

Hg. Dr. Wundt (fortf.): Der Antrag hat der Kommission schon vorgelegen, die zu einer Ablehnung gekommen ist. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, die Kommissionsvorlage angenommen.
Nach Erledigung einiger weiterer Paragraphen trat Vertagung ein.
Mittwoch: Fortsetzung.
Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Marokko.

Aus Marokko wird gemeldet: Nach dem Kampfe am 10. Mai, in welchem auf Seiten der Marokkaner 100 Mann getötet und 200 verwundet wurden, eröffnete der Feind in der Nacht zum 14. von neuem ein Feuergefecht auf das Lager. Ein Pferd wurde getötet. — Ein Elefant, der nach Taurit gehen wollte, wurde unterwegs überfallen und ausgeplündert.

Mexico.

Der Berichterstatter des „Borsh“ in Torreon schreibt: Ich war Augenzeugen eines furchtbaren Gemetwels in Combrere. 1700 aufständische Kämpfer, aufgebracht über Granatminen, die Bundesjohden an Landbesitzern besaßen hatten, Combrere und machten 500 Bundesjohden und Einwohner nieder, die sich weigerten, Soldaten auf Mexico auszubringen.

Die englische Veto-Bill. Im englischen Oberhaus brachte Viscount Morley gestern die Veto-Bill ein. Sie wurde in erster Lesung formell angenommen.
Die Instruktionen in Albanien. Nach dem Verlust von Detschik bestanden die Grubi und Hosi, wie die Wiener „Neue Freie Presse“ auf seine Meinung, neue Stellen in dieser im Lande, welche am 15. c. von den Türken sehr hart angegriffen wurden. Der lange und erbitterte Kampf blieb erfolglos. Beide Teile behielten ihre Stellungen.

Zur Katastrophe der „Deutschland“

meldet man uns im Anschluß an die Nachrichten in Nr. 229 der „Gall. Zg.“ weiter aus Düsseldorf: Die Passagiere der verunglückten „Deutschland“, die Damen, wurden mittels Feuerwehrlinien aus der Kajüte heruntergeholt. Eine Dome, die ohnehin gelähmt ist, wurde über das Hallendock heruntergebracht. Verletzt wurde niemand.

Ueber die Katastrophe selbst wird aus Düsseldorf in Ergänzung der bisherigen Nachrichten noch mitgeteilt:
Das Anglied des Passagierluftschiffes „Deutschland“ ereignete sich Dienstag vormittag kurz vor 10 Uhr. Als das Luftschiff zu drei Vierteln die Halle verlassen hatte, warf eine Sturmwind von Norden den herausgeführten Teil der „Deutschland“ gegen die Schutzwand der Halle, wodurch das Schiff in seinem ersten Drittel getrennt wurde. In diesem Augenblicke rissen mehrere Fahrseile, an denen die Bedienungsmannschaften das Luftschiff festhielten. Dadurch bekam der Luftschiff der Teil, der sich noch in der Halle befand, einen starken Auftrieb und flog gegen die Decke. Der hintere Teil des Schiffes brach ebenfalls entzwei. Das nun zweimal gebliebene Luftschiff ging auch mit dem letzten Teil aus der Halle und flog noch einige Meter weit. Es sank dann sofort wieder und fiel mit seinem größeren Teil auf die Schutzwand, zum Teil auf die Halle nieder. Die Rettungsarbeiten wurden sofort von der Feuerwehr und von der Bedienungsmannschaft vorgenommen.

Das nun zum Teil zerlöste Luftschiff „Deutschland“ war bei einem Gesamtinhalt von 19 000 Kubikmetern 148 Meter lang und hatte einen größten Durchmesser von

13 Meter. Die gesamte Motorenstärke betrug 360 PS. Die Passagierende, die mit allen Bequemlichkeiten ausgestattet war, bot 24 Personen Platz. Erst vor einigen Wochen war der Ballon von Friedrichshafen nach Stuttgart und dann nach seinem Zerstören in Düsseldorf geflogen worden, so daß Schiff sehr gut bewahrt. Wenige Tage nach seinem Entsetzen in Düsseldorf stieß der „Deutschland“ ein Unfall zu, der aber wenig Schaden verursachte. Das Schiff stieß beim Herausbringen aus der Halle gegen die Wand, und ein Propeller und die Steuerungsrichtungen wurden beschädigt. Nach einigen Tagen war die Ausbesserung beendet, und die „Deutschland“ nahm ihre Fahrten auf, die nun einen jähren Abschlus gefunden haben.

Inn und Fern.

Mehr als 2000 Einfenstruktionsarbeiter im Ausland. Mehr als 2000 in den Einfenstruktionswerken von Berlin und Langenbech beschäftigte Arbeiter erklärten das Angebot der Arbeitgeber für unannehmbar und beschloßen, heute die Arbeit nicht mehr aufzunehmen.

Die Gräfin Frei geb. von. Die Gräfin Frei geb. von, die mit ihrem ehemaligen Gatten, dem Grafen Hans v. Frei, jahrelang und die Herausgabe der diesem im Ehegütervertrage zugesprochenen beiden Rinder, Prosch führte, hat sich an das zuständige Vormundschaftsgericht in Greding mit der Bitte gerichtet, daß sie ihre sämtlichen Ansprüche auf Auslieferung ihrer Rinder zur Erfüllung bringe.

Der Marinewachmann. Man meldet aus Hamburg, daß viermalige Arbeit wurde Dienstag vormittag der Marinewachmann in der Mitte glatt durchgeschossen. Der Tunnell ist mit 1805 Metern Länge der längste Tunnell der neuen Mittelmeebahn.

Einmalig. Die Berliner Eisenblätter melden aus Jena, daß Professor Ernst Sadel getötet sei, als er in seiner Wohnung ein Buch nach Regal habe nehmen wollen. Er habe dabei einen Bruch des Hüftgelenks erlitten. Die Stellung wurde voraussichtlich langwierig sein.

Einmalig. Die Berliner Eisenblätter melden aus Jena, daß Professor Ernst Sadel getötet sei, als er in seiner Wohnung ein Buch nach Regal habe nehmen wollen. Er habe dabei einen Bruch des Hüftgelenks erlitten. Die Stellung wurde voraussichtlich langwierig sein.

Sport und Jagd.

- Rennen zu Weihenstephan, 16. Mai: Preis von Pantofel, 2200 M., 1. Hennings Optima, 2. Reichthal, 3. Trauerweide, Tot. 25:10, Platz 18:10. — Preis von Magdeburg, 2000 M., 1. Baldbirder Dr. Wungo, 2. Jung Spiritus, 3. Gann 2, Tot. 57:10, Platz 23:10. — Preis von Jena, 2000 M., 1. Neuenfels Burgstein, 2. Zeddo Wolf, 3. Sonntagssieger, Tot. 51:10, Platz 16:18, 19:10. — Verkauf von Gaudicap, 2000 M., 1. Neuenfels Burgstein, 2. Ferdinand, 3. Freischütz, Tot. 74:10, Platz 20:10, 25:10. — Rauten-Preis, 2700 M., 1. Schilling Gub von Jun, 2. Dr. Wungo, 3. See 2, Tot. 100:10, Platz 37:30. — Preis von Jena, 2000 M., 1. Neuenfels Burgstein, 2. Gann, 3. Gubben, Tot. 41:10, Platz 17:40, 17:10. — Preis von Paris, 2700 M., 1. Schilling Gubben, 2. Aframont, 3. Nordwind, Tot. 38:10, Platz 12:10:10.

Schiffbewegungen der Kaiserlichen Marine.

Berlin, 16. Mai. Der S.-R.-D. „Windhund“ ist mit dem Nachschiffstransport für „Seebäder“ am 14. Mai in Wilhelmshaven eingetroffen und hat am 15. Mai die Reise nach Westfalen fortgesetzt. „Fuchs“ ist am 15. Mai von Cap Lopez, „Möwe“ am 16. Mai von Ferrol und „Luchs“ am 16. Mai von Tschingliang (Pangli) abgegangen. „Ganja“, „Gertha“ und „Sivica“ sind am 15. Mai von Kiel nach Altona-Neumünde gegangen. „Lobster“ ist am 14. Mai in Kiel eingetroffen. Der S.-R.-D. „Lobster“ mit einem Teil der abfertigten Besatzung des Stützpunktes ist am 14. Mai in Bremerhaven eingetroffen.

Letzte Telegramme.

Das Kronprinzenvorfall der Reise nach Ausland. **Schiffahrt.** 17. Mai. Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind gestern Abend 9 Uhr 40 Minuten hier eingetroffen. Die Ankunft im Hotel erfolgte um 9 Uhr 50 Minuten, wo sich der russische Ehrenkrieger eingefunden hatte.

Die österreichische Alpen-Automobilfahrt. Wien, 17. Mai. Die österreichische Alpen-Automobilfahrt hat gestern mit der Clappe Klagenfurt—Wien ihr Ende gefunden. Von den 51 angetretenen Bewerbern sind sechs auf der Strecke geblieben. Von den angekommenen Bewerbern ist nach privaten Feststellungen ein rundes Dutzend ohne Strapazen. Das offizielle Resultat ist nicht vor heute mittag zu erwarten.

Mahlers Bestehen. Wien, 17. Mai. Das Bestehen Gustav Mahlers hat sich im Laufe des gestrigen Nachmittags so verschlimmert, daß man bis zum Eintritt der Katastrophe nur noch mit Stunden rechnet.

Das Bestehen des Papstes. Rom, 17. Mai. Nach der „Tribuna“ leidet der Papst an einem leichten Gichtanfall; doch hütet er nicht das Bett. Das Allgemeinbefinden ist gut.

Retrolenkenrüder. **Bahn.** 17. Mai. Die Polizei entdeckte einen Tunnel, der zur Retrolenkenung der Eisenbahn führte. Die Beamten wurden mit Schüssen empfangen. Vier im Tunnel befindliche Verbrecher wurden verhaftet.

— Wasserwärme der Saale, mitgeteilt vom Horand, 17. Mai: 20° C.

Börsen- und Handelsteil.

Berliner Metallmarkt.

Am 16. Mai: Kupfer war schwächer, Elektrolytisches Kupfer Mai-Juni 112 1/2, Juli 112 1/2, August 112 1/2; Zinn war still, Buntkupfer 392, Kupfer 397. Blei war gefestigt, unverschleudert 28.20, Zinn war lebhaft, geschliffenes 40, unverschleudert 40. Antimon war still; der Schmelzpreis betrug 60 M. aus geputzter Hand war es 57 M. erhältlich. Aluminium war geschäftlos und unverändert.

Das Oesterreichische Spiritusstartell perfer. Durch den Anschluß der landwirtschaftlichen Gewerkschaften wurde am 16. Mai das Oesterreichische Spiritusstartell, welches nach dem Wauver der Berliner Spirituszentrale organisiert ist und sämtliche Gruppen der Spiritusindustrie umfaßt, perfer.

W. Kaufmann und Amerikaner. Die Hamburger Verhandlungen in Washington sind am Dienstag Abend 6 Uhr bis heute vertagt worden.

W. gegen den nordamerikanischen Stahlmarkt. Das Repräsentantenhaus in Washington nahm eine Resolution an, die eine Unterhandlung gegen den Stahlmarkt durch den Repräsentantenhaus des Kongresses untersagen soll.

W. die Weltkonvention in London am Dienstag, den 16. Mai, bereste bei gutem Wetterverlauf zu unveränderten Preisen.

